

billigeren Strom ein

hier eine erfreuliche Änderung beschlossen.

Pflegeeltern werden nun bei einem Träger der freien Jugendwohlfahrt angestellt und entlohnt. Pflegemütter bekommen 412,09 Euro monatlich brutto (ein Kind), bei zwei Kindern 578,45 und bei drei Kindern 744,81 Euro. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Die sozialrechtliche Absicherung ist ein Meilenstein. Es freut mich, dass unser stetiger Druck endlich Erfolg gebracht hat.“ Der Beschluss wurde einstimmig

gefasst. Der Rechnungshof hat stets wiederholt, dass es besser sei, Pflegeeltern ordentlich zu bezahlen als Heimplätze zu finanzieren; nicht zuletzt für die Kinder.

KPÖ gegen Klimasteuern

Auch gegen die Umsetzung einer EU-Richtlinie betreffend Energieeffizienz stimmte nur die KPÖ. Diese Richtlinie schreibt Energieeinsparungen vor, allein das Bundesheer ist vom Energiesparen ausgenommen. Außerdem befürwortet

die Richtlinie auch Klimasteuern.

KPÖ-LAbg. Renate Pacher (Bild): „Wir sind für eine effektive Besteuerung von Gewinn und Vermögen und nicht für Klimasteuern, die die breite Masse der Bevölkerung treffen. Die Energiekosten sind jetzt schon hoch genug!“ Pacher weiter: „Im Klimaschutzplan wird eine Klima schonende Freizeitgestaltung angepriesen. Gleichzeitig fördert die Steiermark den Klimakiller Airpower in Zeltweg.“



Klimaschutz statt Airpower

Die KPÖ stellte den Antrag, die Airpower 2011 abzusaufen und die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel des Landes den Gemeinden des Aichfeldes zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten zur Verfügung zu stellen. Pacher an SPÖ und ÖVP: „Wenn sie unseren Antrag ablehnen, ist ihr Bekenntnis zum Klimaschutz eine Farce.“ Der Antrag wurde dennoch mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

FORDERUNGEN ZUR PFLEGE

Die KPÖ hat ihre Forderungen zur Altenpflege und Pflegenotstand in einer Broschüre zusammengefasst, die nun verbessert und neu aufgelegt wurde. Sie ist kostenlos beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102 oder per E-Mail an georg.fuchs@stmk.gv.at erhältlich.



KOMMENTAR

Von Werner Murgg, KPÖ-Landtagsabgeordneter

Trauerspiel der SPÖ

Auf Antrag der KPÖ hat sich der Landtag zu einer Richtungsänderung beim Betrieb von Pflegeheimen bekannt. Nur mehr gemeinnützige und öffentliche Träger sollen vom Land bezuschusste Pflegeheime betreiben dürfen. Damit soll den explodierenden Kosten ein Riegel vorgeschoben werden. Es geht auf Dauer nicht, dass private Geschäftemacher mit ihren Pflegeheimen schöne Gewinne einfahren und renditeträchtige Pflegefonds aufgelegt werden, während die öffentlichen Zuschüsse zu den Heimkosten explodieren.

Es ist erfreulich, dass der Landtag mit deutlicher Mehrheit unserem Antrag stattgegeben hat. Auch SPÖ und Grüne haben erkannt, dass Geschäftemacherei in der Pflege alter Menschen nichts verloren hat. Leider ist auch dieser Antrag von der Landesregierung nicht einmal ignoriert worden. In der letzten Landtagssitzung haben wir einen Gang zugelegt und einen Gesetzesvorschlag eingebracht, das Sozialhilfe- und Pflegeheimgesetz so zu ändern, dass dem Wunsch des Landtages entsprochen wird.

Wie nicht anders zu erwarten, hat die SPÖ zusammen mit der ÖVP, diese Gesetzesänderung abgelehnt. Statt zu den auch mit ihren Stimmen im Landtag gefassten Beschlüssen zu stehen, stimmte die SPÖ gegen unsere Gesetzesinitiative. Ein Bären dienst an der Glaubwürdigkeit des Landesparlamentes!

Werner Murgg

LAbg. der KPÖ und Stadtrat in Leoben

Klimaschutz statt Airpower!
Pflegeeltern-Geld
Landespitäler
Altenpflege

